

Gelegenheit zur kritischen Lektüre des Sozialstaats: Über Stephan Lessenichs "Theorien des Sozialstaats zur Einführung"

Völker, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Völker, W. (2015). Gelegenheit zur kritischen Lektüre des Sozialstaats: Über Stephan Lessenichs "Theorien des Sozialstaats zur Einführung". [Rezension des Buches *Theorien des Sozialstaats zur Einführung*, von S. Lessenich]. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 35(136), 131-136. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56821-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Gelegenheit zur kritischen Lektüre des Sozialstaats

Über Stephan Lessenich 2012: Theorien des Sozialstaats zur Einführung, Junius Verlag Hamburg, 186 S., 13,90 Euro

In der Einleitung beschreiben die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Reihe „Zur Einführung...“ deren Aufgabe. Die in der Reihe veröffentlichten Texte sollen zu den jeweiligen Themen „kompetent und anschaulich Inventur [...] halten“ und die „Zirkulation von Ideen, Erkenntnissen und Wissen“ befördern. Stephan Lessenichs Verdienst ist es, diese Aufgabe für Theorien des Sozialstaats in hervorragender Weise umgesetzt zu haben. Eine erste allgemeine Bestimmung einer wesentlichen Eigenschaft des Sozialstaats ist die einer „strukturierenden Struktur“ (13) und einer „strukturierten Struktur“ (15). Der Sozialstaat ist von daher vornherein politisiert ist. Aus der Tatsache „active force“ (Esping-Andersen) zu sein, darf jedoch nicht auf eine leibhaftige Autonomie sozialstaatlichen Handelns geschlossen werden. Dieses Handeln, so politisiert es auch immer ist, unterliegt „drei gesellschaftlichen Bestimmungsmomenten“: Politischen Einflussnahmen auf Basis eines strukturellen Interessenkonflikts von „Kapital“ und „Arbeit“; der „institutionellen Eigenlogik“ der institutionellen sozialstaatlichen Akteure, die – mit Verweis auf Offe – als „politisch administrativer Komplex ein ‚Interesse an sich selbst‘“ entwickeln; schließlich der notwendigen sozialstaatlichen Selbstbeschäftigung in der Bearbeitung der gesellschaftlichen und politischen Implikationen seiner

Praxis (20). In seiner allenfalls „relativen Autonomie“ ist der Sozialstaat eine Arena gesellschaftlicher Konflikte und „der institutionelle Kristallisationspunkt der allfälligen Krisen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften“ (22). Und gerade in dieser Krisenhaftigkeit erweist sich der Sozialstaat – trotz aller Veränderungen – als dauerhaft. Lessenich teilt Aichingers schon 1971 formulierte Aussage, dass das „Spiel des Wegdenkens“ des Sozialstaats dem Spiel und Konflikt um die „politische Bewirtschaftung“ der sozialen Tatsache Sozialstaat gewichen ist (23). Hierin lässt sich unschwer die wiederkehrende Debatte im politischen Alltag um die Frage des „Abbaus“ oder vor allem „Umbaus“ des Sozialstaats erkennen.

Die vorliegende Einführung in Theorien des Sozialstaats besteht aus vier Teilen. Zum ersten beantwortet der Autor die Frage nach „programmatischen Motiven und strukturellen Effekten“ der sozialstaatlichen Intervention. Zum zweiten fragt er nach dem Antrieb der historischen Entwicklungen des Sozialstaats. Zum dritten fragt er nach der Logik der aktuellen sozialstaatlichen Entwicklung und schließlich kommt er zur kritischen Reflexion dieser aktuellen Logik. Denn wenn „gesellschaftlicher ‚Fortschritt‘ im Begriff steht, individuelle wie kollektiv für wichtig erachtete Güter zu gefährden, dann ist Soziologie nicht nur als Instanz der *Analyse*, sondern auch der *Kritik* gesellschaftlicher Verhältnisse gefragt“ (24).

Im Kapitel „Worum geht es im Sozialstaat“ (25-65) bekräftigt Lessenich seine These, dass der Sozialstaat zu einem „Wesensmerkmal moderner Vergesellschaftung“ geworden sei. Auch wenn im internationalen wissenschaftlichen Diskussionskontext eher von Wohlfahrtsstaat/

Welfare-State gesprochen wird, bleibt Lessenich beim Terminus Sozialstaat, weil es der Begriff ist, der in der alltagspolitischen Arena und im Streit um so genannte Reformen hierzulande gebräuchlich ist. Wenn im vorliegenden Buch also von Sozialstaat die Rede ist, ist durchaus von der „politisch veranstalteten Vergesellschaftung“ die Rede, mit der Kaufmann den Wohlfahrtsstaat beschreibt (26) und damit eine „Verantwortung des Staates für die elementare Wohlfahrt der Gesamtbevölkerung“ meint (27). Diese These, das betont Lessenich, darf aber nicht von der strukturellen Ambivalenz sozialstaatlicher Regelungen absehen, sowohl eine Schutzfunktion zu haben als auch eine „Instanz politischer Herrschaft in hochdifferenzierten Gesellschaften, ein Instrument sozialer Steuerung, Kontrolle und Disziplinierung“ zu sein (28). Hier könnte an die linke Sozialstaatskritik der späten 1970er und 1980er Jahre erinnert werden, wie sie u.a. in der Zeitschrift „Widersprüche“ formuliert worden ist. „Hilfe und Herrschaft“ war der Titel der ersten Ausgabe der „Widersprüche“ 1981. Noch dazu knüpft – das sehen Leserinnen und Leser in den weiteren Ausführungen Lessenichs – diese Argumentationsweise daran, dass auch die Form und Qualität der Hilfen (Normalitätsunterstellung, Definitionsmacht, Kompensatorischer Charakter) sich der kapitalistischen Normalität anpassen.

Der „Sozialstaat als Strukturprinzip“ wird von Lessenich anhand verschiedener Funktionen, die vom Sozialstaat erfüllt werden, und anhand damit zusammenhängender theoretischer Konzepte erläutert. Der Sozialstaat wird nicht nur als Wirkung und Ergebnis von Modernisierungsprozessen, sondern auch als deren Voraussetzung vorgestellt, was am „System der Lohnarbeit“,

dem „institutionalisierten Lebenslauf“ (31), dem „Geschlechterverhältnis“ (32) erläutert wird. Lessenich kann zeigen, dass dieser „Institutionenkomplex“ wesentlich die Entwicklung ermöglicht, die von verschiedenen Autor_innen als „Individualisierung“ beschrieben worden ist (32). Die mit der Individualisierung – je nach Klassenlage – verbundenen Möglichkeiten des Autonomiegewinns sind jedoch verknüpft mit neuen Abhängigkeiten „von Markt und Staat“ (34) und diese sind wiederum verbunden mit sozialstaatlichen Normalitätsunterstellungen. Lessenich verweist auf die bekannten Begriffe: Normalarbeitsverhältnis (Mückenberger 1990), Normalbiografie (Kohli 1988), Normalfamilie (Herlth u.a. 1994) und ordnet diese Begriffe in den Kontext des von Jessop und fordistisch bezeichneten Sozialstaats bzw. der schon 1977 von Lenhardt und Offe vertretenen Theorie des Sozialstaats als Ermöglicher von Verlohnarbeit (36) ein. An der Funktion der Umverteilung diskutiert Lessenich den Sozialstaat als Ausdruck von Klassenauseinandersetzungen, in denen es theoretisch gesprochen um den Grad der Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft geht. An diesem Konflikt lässt sich die schon mehrfach benannte Ambivalenz zeigen: „Nur wessen Arbeitskraft kommodifiziert, also zur marktgängigen Ware gemacht worden ist, dessen Arbeitskraft kann auch wieder entkommodifiziert werden“ (38). Verknüpft mit der Umverteilung ist auch eine Hierarchie der Zugehörigkeit und Integration, wie es an Castels Begriff des Sozialeigentums verdeutlicht wird: „Das sozialstaatliche Paradies ist eben eines auf Erden – ein Umverteilungsarrangement auf dem Boden der Lohnarbeitsgesellschaft“ (39), das gerade wegen der Lohnarbeitszentriert-

heit andere Ungleichheiten einschließt oder generiert.

Bei der Beschreibung der Funktion der Sicherung greift Lessenich auf Ewalds Beschreibung der Geschichte der (Sozial) Versicherungen zurück und erklärt Versicherungen als modernes Konzept von Vergesellschaftung, das idealerweise „auf jede Form der moralisierenden Verantwortungszuschreibung“ verzichtet (41). Eine Aussage, die, betrachtet man den Diskurs um die sozialen (Ver)Sicherungs-systeme nur in den letzten 30-40 Jahren, wirklich idealtypisch ist. Denn die der Versicherung zugrundeliegende Annahme, dass es sich um kollektive Risiken auf Basis bestimmter sozialer Verhältnisse handelt, wird doch in hohem Maße politisiert und auch moralisiert (Arbeitsbereitschaft, Gesundheitsverhalten, Altersvorsorge). Der von Lessenich genannte Effekt des Versicherungsprinzips, dass sich die modernen Subjekte als „rationale Vorsorgesubjekte zu verstehen und zu verhalten“ haben (43), muss wohl immer wieder durch politische Erziehung hergestellt werden, nicht zuletzt in historischen Phasen der Dominanz von neoliberaler oder neosozialer Verantwortungszuschreibung (43). Bei der Funktion der Integration geht Lessenich davon aus, dass eine verallgemeinerte, „tendenziell gesellschaftsweite Wechselseitigkeit“ im Sozialstaat etabliert wird (45) und Gruppen in die Gesellschaft integriert werden und Wechselverhältnisse nicht nur zwischen den bekannten Paaren Kapital und Arbeit, Arm und Reich, Jung und Alt hergestellt werden, sondern dass der Sozialstaat die „Risikoteilung unter Unbekannten“ (46) ermöglicht, also persönliche Abhängigkeiten und Unterstützungen ersetzt. Bezogen auf in jüngster Zeit wieder zunehmende almosenhafte Verteilungsformen wie Tafeln

lassen sich aus dieser Argumentation wichtige Maßstäbe der Kritik gewinnen. Die aus dem beschriebenen Arrangement ablesbare Solidaritätsformel heißt bei Lessenich: „ich für dich und du für mich – und ich für mich selbst“ (46). Die Institutionalisierung dieser verallgemeinerten Gegenseitigkeit geschieht über Rechte, die jedoch ein „System stratifizierter Rechte“ sind und deshalb auf sozial selektive Weise integrieren. Die Inklusion über Rechte beinhaltet immer auch die Konstruktion von Gruppen, die von diesen Rechten ausgeschlossen sind (47). Entscheidend für Lessenich ist die Funktion der Relationierung durch den Sozialstaat. Dieser erzeugt Wechselwirkungen und Verfestigungen, letztlich „politische Regulierungen sozialer Beziehungen“ (49). Alle Akteure, seien sie „individuelle, kollektive und kooperative Akteure“ werden in Beziehung gesetzt zu „Ordnungskonstruktionen“, zu „anderen [...] Akteuren“ und in ein spezifisches Selbstverhältnis. „All diese Beziehungsmuster sind dabei immer machtbesetzt und -durchwirkt, stellen also immer auch – entsprechend umstrittene und umkämpfte – gesellschaftliche Machtrelationen dar“ (50). Die Kämpfe führen zu Verfestigungen oder Verfestigungsversuchen, die Sozialbeziehungen zwischen der Vielfalt der Akteure bleiben jedoch „lebendig und eigensinnig und wandeln sich beständig – ebenso wie dies auch die Institutionen ihrer politischen Regulierung tun und tun müssen“ (52). Hier könnte ebenfalls eine Verbindung zu Diskussionssträngen gesucht und wohl auch gefunden werden, wie sie in der Zeitschrift „Widersprüche“ – und anderswo – in der Diskussion um Alternative Sozialpolitik und Politik des Sozialen sowie Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur geführt wurde und

wird. Auf Basis einer Position, die „die kontinuierliche Revolutionierung des Sozialen als ‚Normalfall‘ posttraditionaler Vergesellschaftung“ versteht (55), wird der Sozialstaat dann verstanden als die „normative, funktionale und ‚sozialtechnische‘ Instanz des permanenten politisch-ökonomischen Krisenmanagements“ (56).

Im Kapitel „Was treibt den Sozialstaat?“ (66 – 106) geht es um Funktionen, Interessen, Institutionen, Geschlechterverhältnisse und Ideen. Lessenich stellt hier funktionalistische, auf Interessen fokussierte, institutionalistische, feministische und ideenorientierte Erklärungen des Sozialstaats vor. Hier findet sich z.B. die Charakterisierung von Thomas H. Marshalls Theorie der citizenship als „sozialdemokratische“ (77) Erklärungsvariante, weil sie sich auf Klasseninteressen von (männlichen) Facharbeitern als Norm bezieht. Auf Basis seiner Reflexion kann Lessenich dann vom modernen Sozialstaat als einem „Mittelschichtprojekt“ sprechen (80) und historisch-politisch nachvollziehbar machen, warum es dem Sozialstaat an Universalität und Egalität fehlt.

Unter der Überschrift „Geschlechterverhältnisse“ (90-98) gibt Lessenich einen Überblick über die feministische Debatte zum Sozialstaat. Die Auseinandersetzung mit Esping-Andersens Dualismus von Kommodifizierung und Dekommodifizierung, dem die Normalitätsfolie eines weißen, männlichen Lebens- und Erwerbsverlaufs nachgewiesen werden kann, spielt darin eine herausragende Rolle. Der feministischen Tradition wird so nicht nur auf der normativen Ebene der Bewertungskriterien sozialstaatlicher Praxis, sondern auch auf der Ebene der Forschung und analytischen Kategorienbildung eine nicht zu hintergehende Bedeutung bescheinigt. Ohne

die Fragen „who works – and who cares?“ (94) kann kritische Sozialstaatsforschung ebensowenig betrieben werden wie emanzipatorische Sozialpolitik oder eine Politik des Sozialen.

Nach der Betrachtung theoretischer Konzepte, die das Jetzt des Sozialstaats zu klären versuchen, widmet sich Lessenich im 4. Kapitel der Frage, wohin sich denn der Sozialstaat aktuell bewegt. Nach Lessenich setzt sich allmählich die These im mainstream der Sozialstaatsforschung durch, dass „Wandel in der Kontinuität“ zum „Normalfall institutioneller Praxis“ erklärt wird (111). Mithilfe eines fünfteiligen Klassifikationsschemas können „Spielarten graduellen Wandels“ dargestellt werden, deren Pointe nach Streeck & Thelen darin liegt, dass alle Varianten „Prozesse von ‚gradual but nevertheless transformative change‘“ darstellen können (111/112). Die zweifellos wahrnehmbaren schrittweisen Veränderungen im Sinne einer „Liberalisierung der Sozialpolitik“ (112) werden anhand der Phänomene der Ökonomisierung, der Defamilialisierung, der Remoralisierung und Internationalisierung besprochen. Lessenich ist dabei nicht bereit, Phasenwechsel in diesen Konfliktfeldern schon als „Transformation des Sozialstaats“ oder „Paradigmenwechsel“ zu bezeichnen (117). Das historische Beispiel für diesen Konflikt sind die unter dem Label „Hartz“ hierzulande durchgeführten Arbeitsmarktreformen, die „den stummen Zwang der Arbeitsmarktverhältnisse“ für Erwerbstätige wie Erwerbslose deutlich politisch verstärkt haben (118). Interpretiert wird diese Entwicklung, die ja politisch wesentlich von sozialdemokratischen Parteien in Europa gefordert und gefördert worden ist, als „strategische Antwort sozialdemokratischer Parteien auf die

politisch-kulturelle Hegemonie des Marktliberalismus“, die eine „Laboralisierung im Sinne einer Steigerung der Erwerbsquote [...] und Liberalisierung im Sinne von (zu diesem Zweck) gesenkten Marktbarrieren und erweiterten Marktgrenzen“ durchsetzt (118). Noch nie war „Erwerbsgesellschaft“ politisch und symbolisch so dominant wie heute, wo Lohnarbeit immer weniger Stausicherheit vermittelt (119).

Als weiteren Trend der aktuellen Sozialstaatsentwicklung beschreibt Lessenich die „Defamilialisierung“ (119-123). Dieser Trend stellt quasi das auf das weibliche Arbeitsvermögen gerichtete sozialpolitische Programm dar. Durch Ermöglichung eigener Erwerbstätigkeit und spezifische sozialpolitische Regelungen sollen Frauen ökonomisch unabhängiger von Ehepartnern werden und ehemals in der Familie geleisteten Versorgungs- und Erziehungsarbeiten werden an (öffentliche) Einrichtungen abgegeben. In der damit verbundenen Norm dieses „adult worker model“ sieht Lessenich letztlich eine ökonomische, produktivistische Sozialinvestitionsstrategie wirken, die Humankapital mobilisieren will (122). Das häufig anzutreffende Lob dieser Entwicklung wird von Lessenich kritisiert, da es sowohl die mit dem Prozess der Defamilialisierung verbundenen Vermarktlichungstendenzen nicht reflektiert als auch vergisst, wie wenig Ausstiegsoptionen aus den herrschenden Mustern geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung im Haushalt dadurch überhaupt verwirklicht werden (123). Zusammen mit der besonderen Betroffenheit junger Menschen von der Prekarisierung und damit zusammenhängender Bindung an die Elternhäuser sieht Lessenich in der Defamilialisierung eher eine Reproduktionskrise denn

eine reproduktionssensible sozialstaatliche Praxis (123).

Als viertes Charakteristikum der Sozialstaatsentwicklung erkennt Lessenich eine „Remoralisierung“ (123-128). Zwar gehört es sozusagen zum politischen Geschäft des Sozialstaatsumbaus, diesen auch immer mit Ideen, Normen, Werten und ökonomischem Sinn zu legitimieren, doch Remoralisierung geht über klassische Legitimationsstrategien hinaus. Als Beispiel nennt Lessenich Giddens Rede von „positive welfare“ und den damit verbundenen moralischen Aufwertungen von „Selbstbestimmung (auf Märkten) [...] und Identitätsentwicklung durch Erwerbsbeteiligung“ (126). Als weitere Begriffe der Remoralisierung werden „Inklusion“, „Generationengerechtigkeit“ genannt und last not least auch die „Rückkehr der Schulfrage“ im Verantwortungsdiskurs (127). Historisch-politisch wird diese Entwicklung von Lessenich als Regression bewertet; bestand der emanzipatorische Fortschritt moderner Sozialstaatlichkeit doch gerade darin, vom „Modus der Moral“ auf den „Modus des Rechts“ umzusteigen (127).

Das fünfte Element der jüngeren Entwicklung des Sozialstaats ist die „Internationalisierung“ (129-133). Hier verweist er u.a. auf die Schwächung von nationalstaatlich organisierten Solidaritätsarrangements gegenüber global machtvollen Kapitalstrategien. Die moralische – auch sozial protektionistische – Ökonomie des industriellen Sozialstaats wird „unter den Bedingungen globaler Märkte und grenzüberschreitender Sozialbeziehungen“ geschwächt, „ohne dass sich neue, dieser Gesellschaftsformation entsprechende Formen der (‘organischen’) Solidarität schon herausgebildet hätten“ (132). Im gesellschaftlichen All-

tags sieht Lessenich den Trend zu einer wohlfahrtsstaatlichen Minimalsolidarität, wohlstandschauvinistischen Schließungen „nach außen wie auch nach unten“ (133).

Im abschließenden Kapitel 5. mit dem Titel „Den Sozialstaat dekonstruieren“ eröffnet Lessenich seine eigene analytische Perspektive. Diese Seiten wecken das Interesse auf „mehr“, geben sie doch Anregungen, was denn aktuell eine kritisch-emanzipatorische Theorie des Sozialstaats wäre. Diese gehen grob gesagt in zwei Richtungen. Einmal in Richtung Soziologie. Hier fordert er erstens die akteurstheoretische Erweiterung der Analyse der institutionellen Formierung sozialer Handlungsorientierungen. Zweitens soll subjektorientiert nach regulativem Erfolg und gesellschaftlicher Akzeptanz der Anforderungen des aktivierenden Sozialstaats gefragt werden. Drittens soll im Sinne einer „empirischen Theorie sozialpolitischer Gouvernamentalität“ geforscht werden, „ob und wie sich die Subjekte sozialpolitisch ‘führen’ (lassen)“ oder ob es individuellen wie kollektiven Widerstand dagegen gibt (142). Die zweite Anregung geht in Richtung politischer Einmischung (sicher nicht nur) der community der Wissenschaftler_innen. Denn ob und wie die aufgeworfenen

und aufwerfbaren kritischen Anfragen an die reale Gesellschafts- und Sozialstaatsentwicklung von antikapitalistischen sozialen und politischen Bewegungen in einem emanzipatorischen Sinne beantwortet werden können, „diese und ähnliche Fragen, werden nicht durch die Wissenschaft, durch wissenschaftliche Analyse oder auch wissenschaftliche Kritik entschieden, sondern allein durch die zukünftige Geschichte realer sozialer (Gegen)bewegungen“ (146). Aber, so Lessenichs optimistische Aufforderung, immerhin kann die „kritische Analyse“ und kritische Theorie des Sozialstaats dazu beitragen, „Gelegenheitsstrukturen für den gesellschaftlichen Kampf um institutionelle Alternativen“ zu verbessern. In diesem Sinne stellt sich diese Einführung in die anspruchsvolle Tradition kritischer Theorie, der Adorno ja die „fast unlösbare Aufgabe“ zuwies, sich „weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht ... dumm machen zu lassen.“

Wolfgang Völker
Basselweg 65
22527 Hamburg
E-Mail: wolfgangvoelker@posteo.de